

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und  
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

## Die Wirtschaft als Gesamtprozeß.

Von Paul Kampffmeyer.

I.

Der erste Band des Marxschen „Kapital“ ist vielfach popularisiert, und seine theoretischen Grundanschauungen sind durch eingehende Erörterungen größeren Volkskreisen geläufig geworden. Der zweite und der dritte Band des „Kapital“ sind aber diesen Kreisen durchweg ein Buch mit Siegel geblieben. Daher begrüßen wir freudig das Erscheinen der Arbeit Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozeß und die Sozialisierung“, die die grundlegenden Gedanken von Karl Marx über das kapitalistische Wirtschaftssystem populär darzustellen versucht.

Karl Renner setzt eine gewisse Kenntnis des ersten Bandes der Marxschen Kapitalkritik voraus. Der Reichtum der Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise erscheint bei Marx als eine ungeheure Warenansammlung. Die Waren werden von Privatkapitalisten unter geschäftlicher Wahrnehmung ihrer Profitinteressen für die Sättigung gesellschaftlicher Bedürfnisse hergestellt. In dem Austausch mit Geld haben sich die produzierten Waren als gesellschaftlich notwendig zu erweisen. Lebten die Menschen im Schlaraffenland, flögen ihnen alle Bedürfnisgegenstände arbeitslos zu, so würde sich der Warenmarkt überhaupt nicht entwickeln und der Begriff des Warenwertes würde den Menschen völlig fernbleiben. Erst weil der riesige Warenreichtum, ohne den wir heute nicht leben können, geschaffen werden muß, verbinden wir mit ihm gewisse Wertvorstellungen. Wenn heute bestimmte Waren keinen gesellschaftlichen Absatz finden, wenn sie kein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, dann allerdings ist die auf sie verwandte Arbeit wertlos, dann sind diese Waren nicht gegen Geld umsetzbar. Lassen die Kapitalisten „ihre“ Arbeiter Waren mit Instrumenten erzeugen, die veraltet sind und technisch unter dem Durchschnitt stehen, so ist der Wert der in den Produkten verkörperten gesellschaftlichen Arbeit begrenzt. Nur die gesellschaftliche Arbeit ist in vollem Umfange Träger von Wert, die mit den durchschnittlich in der Gesellschaft vorhandenen Arbeitskräften und Arbeitsmitteln für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert. Die Arbeitskräfte selbst dürfen bei dem Arbeitsprozeß nicht unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt stehen, sonst vermindert sich ihre wertschöpfende Kraft.

Die gesellschaftlichen Arbeiter, die vielfach in großer Zahl in der Fabrik gemeinsam schaffen, müssen ihre Arbeitskräfte auf dem Markte verdingen. Sie bekommen im Verkauf ihrer Arbeitskräfte im allgemeinen nur so viel Geld, nur einen so hohen Geldlohn, um sich dauernd auf dem Arbeitsmarkte zu erhalten. Sie produzieren aber gesellschaftlich so viele Lebens- und Genußmittel, daß sie sich und ihre Familien nicht nur allein ernähren, sondern auch ganze Gruppen von Personen, die der Produktion ganz fernstehen. Das beweist schon ein Blick auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der heutigen Gesellschaft. Die Tatsache nun, daß Nichtarbeiter von den Arbeitserzeugnissen anderer leben, stammt nicht erst von heute und morgen. Im Mittelalter tat sich zum Beispiel ein adeliger Grundherr gut an den Erzeugnissen seiner hörigen Bauern. Diese lieferten Eier, Föhner, Getreide, Gespinste direkt, ohne Bezahlung, an den adeligen Fronhof. Der Grundherr lebte von seinen Bauern; diese erzeugten Arbeitsprodukte, die weit ihren eigenen Unterhalt überschritten und von denen ihr Grundherr meist recht ausreichend zehren konnte. Im Mittelalter stellten also schon die gesellschaftlichen Arbeiter ein ihren Lebensunterhalt überschneidendes Arbeitsprodukt, ein Mehrprodukt her.

Das gesellschaftliche Mehrprodukt gelangt in der kapitalistischen Gesellschaft durchweg nicht direkt an seine eigentlichen Nutznießer und Verzehrter. Der frühere Grundherr ist zum Getreide- oder Viehproduzenten geworden, der nur einen Teil seines gesellschaftlichen Arbeitsproduktes selbst verzehrt und den übrigen auf den Markt zur Sättigung fremder, gesellschaftlicher Bedürfnisse bringt. Das gesellschaft-

liche Arbeitserzeugnis wird verkauft und erzielt einen Wert, der sich zunächst in einer Geldsumme ausdrückt, das Mehrprodukt setzt sich in Mehrwert um. Aus dem Grundherrn, dem die Spinn- und Webstoffe von seinen abhängigen hörigen Bauern geliefert wurden, ist ein kapitalistischer Textilfabrikant geworden, der abhängige Lohnarbeitende Spinner und Weber beschäftigt. Das Produkt der gesellschaftlich schaffenden Arbeiter geht zu Markt und wird zur Ware. Ein bestimmter Wert, Preis wird für diese bezahlt. Bei dem Verkauf der Ware wird durchschnittlich nicht nur der Wert der Lebensmittel für die schaffenden Arbeiter erzielt, sondern auch der Mehrwert, von dem der Fabrikant lebt und aus dem er die Kosten für die Erweiterung der Produktion bestreitet. Jede kapitalistische Unternehmung muß Werte für diese Erweiterung der Produktion aufzuspeichern suchen. Der Stillstand würde sie gleichsam in Rückstand bringen, selbst jede direkt gesellschaftliche Produktion — eine indirekte gesellschaftliche Produktion haben wir heute schon — zwingt zur Aufspeicherung, Akkumulation von Werten im Interesse einer Steigerung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung.

Wir haben die Entstehung des gesellschaftlichen Mehrwertes aus der gesellschaftlichen Produktion gesehen. Aus der Produktion erwächst das Mehrprodukt. In dem Umlauf, in der Zirkulation des gesellschaftlichen Produktes verwirklicht sich aber erst der Wert dieses Produktes und damit auch der Mehrwert.

Die Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitserzeugnisses und damit die tatsächliche Verwirklichung des Wertes und Mehrwertes ist bisher in der sozialistischen Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft vielfach vernachlässigt worden — nicht von Marx, wohl aber oft von dessen Anhängern. In diese Lücke ökonomisch-sozialistischer Auseinandersetzungen springt nun das Buch Karl Renners ein.

## Konzerndämmerung?

Der in Kreditnot geratene Stinnes-Konzern wird nun abgebaut. Was dem eigentlichen Stinnes-Privatkonzern verbleibt und welche Beteiligungen abgefordert werden, darüber gehen die Zeitungsberichte auseinander. Gleichzeitig mit dem Abbau des Stinnes-Konzerns müssen auch andere Konzerne diesen Weg betreten. Gelegentlich der Zerstückelung der Deutschen Werke hat der Vorsitzende dieses Reichskonzerns diese unter anderem damit begründet, daß auch andere Konzerne abgebaut, in ihre Einzelteile aufgelöst werden. In der Tat erfolgten mehrere solche Fälle. Die Neuorganisation des Krupp-Konzerns dürfte die Einschränkung des Konzernbereichs nach sich ziehen. Der Norddeutsche Lloyd-Konzern, der Michael-Konzern — wenn auch der letztere wichtige Neuanlagerungen im Versicherungswesen zustande gebracht hat (einige Textilkonzerne usw.) — haben sich einzelner Teile ihres Besitzes entledigen müssen. Der angekündigte Abbau des Stinnes-Konzerns überragt freilich alle anderen Konzern Einschränkungen an Ausmaß und Bedeutung.

Man kann diesen Abbauprozess nicht einfach mit dem Hinweis auf die allgemeine Kredit- und Betriebsmittelknappheit erledigen. Allerdings ist diese das auslösende Moment für den Konzernabbau. Konnten im Jahre 1924 in erster Linie die Großkonzerne amerikanische Kredite erhalten, während die mittleren und kleineren Unternehmungen leer ausgingen, so hat im laufenden Jahr dieser Kreditzufluß überhaupt aufgehört und waren deshalb auch die Großkonzerne auf den vorläufig noch schwachen inländischen Kapitalmarkt angewiesen. Die Betriebe der Großkonzerne sind im allgemeinen überkapitalisiert. Sie wurden während des Krieges erweitert und noch mehr während der Inflationszeit nach dem Krieg, als sämtliche Gewinne zur Erweiterung der Produktionsunterlagen verwendet wurden. Deshalb sind diese hochgradig immobilisiert, das heißt, es ist das in Maschinen usw. festliegende Kapital im Verhältnis zum Betriebskapital zu hoch. Auch dieses Uebel teilen die Großkonzerne mit anderen Großbetrieben. Der wesentliche Unterschied gegenüber anderen Unternehmungsformen kann in folgenden Umständen erblickt werden: Viele Konzerne haben die Grenzen, in welchen eine wirtschaftliche Betriebsführung möglich ist, überschritten, die einzelnen Teile der neugegründeten Konzerne stehen untereinander vielfach in keinem organischen Zusammenhang und sind finanziell nicht genug unterbaut. Was zum Beispiel den Stinnes-Konzern anbelangt, so wurde ihm von seiner Presse kein organischer Aufbau auf Grund eines großzügigen Wirtschaftsplans nachgerühmt. Die Inflations-

käufe von Stinnes, die sich auch auf Hotels- und Filmunternehmungen erstreckten, wurden als unwesentliche Ergänzung bezeichnet. Indessen sind die Schwierigkeiten unter anderem auch infolge der Schulden der Filmunternehmungen entstanden. Auch die Petroleumunternehmungen und -beteiligungen des Stinnes-Konzerns haben zu seinen gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten wesentlich beigetragen. Von diesen konnte man mit einigem Recht behaupten, daß sie organisch mit dem Konzern zusammenhängen. War doch Stinnes sowohl in der Motorindustrie wie in der Schifffahrt hochgradig beteiligt, es liegt also auf der Hand, daß er auch in die Petroleumversorgung eingreifen mußte. Indessen kann man auf diese Weise bei der großen Abhängigkeit der Produkte untereinander die Ausdehnung des Wirkungsbereiches eines Konzerns auf fast sämtliche Waren und den Verkehr begründen. In der Tat hat zum Beispiel Henry Ford diese Konsequenz gezogen. Von ihm wird gesagt, daß er heute eigentlich nur noch Löhne bezahle, und sonst alle für seine Betriebe notwendigen Materialien selbst herstelle. Bei Ford liegt jedoch eine in der Tat organische Entwicklung der vertikalen Konzentration vor, während die deutschen Konzerne, vor allem der Stinnes-Konzern, andersgeartet sind. Sie verdanken ihre Entstehung dem Machttrieb ihrer Gründer und finanziellen Kunststücken, die sich in der Folge gerächt haben.

Wenn wir vom Machttrieb der großen Konzernbesitzer reden, der sich durch Erweiterung ihrer Konzerne geltend machte, so denken wir nicht allein an das Machtbewußtsein, das die Größe eines Konzerns ihren Besitzern verleiht, und an die Steigerung des politischen Einflusses dank dieses Machtbewußtseins. Erwirbt ein Konzern bei einer bisher unabhängigen Unternehmung eine Beteiligung, wozu die Erwerbung einer Aktienmehrheit von 51 %, in der Regel aber noch viel weniger, ausreicht, so kann er durch diese Neuerwerbung machtpolitisch vorgehen und sich Sonderprivilegien verschaffen. Im Aufsichtsrat kann er durchsetzen, daß die Bestellungen dieses Unternehmens unabhängig von der Preislage bei einem Konzernunternehmen gemacht werden sollen. Er kann durchsetzen, daß der Vertrieb der von diesem Unternehmen hergestellten Waren einer Handelsgesellschaft übergeben wird, deren wirklicher, oft stiller Besitzer der Leiter des Konzerns ist. Diese Handelsgesellschaft erhält die Waren zu billigen Preisen und verkauft sie teuer; der Gewinn bleibt bei den Konzernführern. Vor kurzem wurden Enthüllungen dieser Art in bezug auf den Stinnes-Konzern gemacht, der beim Vertrieb der Produkte der Alpine Montangefellschaft in Oesterreich Handelsgesellschaften mit eigener Beteiligung bevorzugte. Die Schädigung oder Enteignung der Aktionäre der neu angegliederten Gesellschaft kann auf mannigfache Weise vor sich gehen, durch Schaffung von Nebenabsehensyndikaten bei Ausgabe von jungen Aktien oder durch Erziehung von Schutzaktien mit mehrfachen Stimmrecht usw. In diesen Möglichkeiten machtpolitischer Entfaltung der Konzerne liegt eine große Verlockung für sie, sich immer neue Unternehmungen anzugliedern, auch wenn diese Erwerbungen aus produktionstechnischen und andern Gründen nicht vorteilhaft sind.

Verstärkt wird diese Neigung dadurch, daß man diese neuen Unternehmungen oft mit sehr geringen Mitteln, ja in manchen Fällen ohne Geld auf Grund von finanztechnischen Machenschaften erwerben konnte. Der verstorbenen Hugo Stinnes war ein Großmeister derartiger Finanzkünste. Es ist noch in Erinnerung, wie er zum Beispiel die Mehrheit der Aktien in der Alpine Montangefellschaft, dem größten schwerindustriellen Unternehmen Oesterreichs, fast umsonst zu erwerben wußte. Aktienausgabe, Verschachtelungen, gegenseitige Beteiligungen oder wie man diese Künste nennen mag, sind die Wege dazu, mit geringen Mitteln große neue Unternehmungen zu erwerben, zumal, da in der Regel zur Beherrschung eines bisher unabhängigen Unternehmens der Besitz von 20 bis 30 % der Aktien hinreicht.

Indessen kann diese Art ihrer Entstehung den Großkonzernen zum Verhängnis werden. Sie sind nämlich finanziell nicht genug unterbaut; die finanziellen Operationen der einzelnen Unternehmungen werden sowohl infolge der Verzweigkeit wie der Mannigfaltigkeit derselben immer weniger übersichtlich, die Leitung von einer zentralen Stelle aus immer schwieriger. Würde man annehmen, daß ein Großkonzern eine gute Finanzunterlage für sämtliche Konzerne bildet, insofern der Zuschußbedarf eines schlechthenden Unternehmens aus den Uberschüssen der einträglichen gedeckt und dadurch ein Ausgleich erzielt werden kann, so ist dies bei der geschilderten Art der Konzerne in Ermangelung einer strengen organisatorischen Zusammenfassung nicht möglich. Im Gegenteil wird die Produktions- oder Kreditkrise einiger Konzernunternehmungen auch die übrigen in Mitleidenschaft ziehen, wie dies beim Stinnes-Konzern ersichtlich ist.



Das Verhältnis der Banken zu den Kongernen ist von großer Bedeutung. Ergaben sich doch die geschäftlichen Schwierigkeiten in der Sphäre von Geld und Kredit. Arbeit der Großkongernen mit einer Anzahl von Banken, so kann bei einer Erschütterung der Finanzverhältnisse des Kongerns keine einzige für sich allein ihn sanieren, sondern es müssen die einzelnen Banken den Großkongernen bei der Unübersichtlichkeit der Gesamtverhältnisse im Stich lassen, oder aber muß die Konferenz der Großbanken gemeinsam die Sanierung in die Wege leiten, wie dies im Falle Stinnes erfolgte. Hier sahen wir wieder zum erstenmal die Herstellung des alten Verhältnisses zwischen Bank und Industriekapital. Das Industriekapital hat seit dem Kriege das Übergewicht über das Bankkapital erlangt. Es war vorauszu sehen, daß die Geldknappheit und Betriebsmittelnot nach der Stabilisierung dieses Verhältnisses verändern würde, um so mehr, desto größere Kapitalien sich langsam bei den Banken ansammeln würden. Bei der Sanierung des Stinnes-Kongerns fand diese Erwartung ihre erste Bestätigung. Die Kongerne, vor allem der Stinnes-Kongern, waren bemüht, sich Banken anzugliedern, nicht nur, um die eigenen Finanzangelegenheiten durch diese verwalten zu lassen, sondern auch, um über die bei der Bank liegenden fremden Kapitalien verfügen und diese für die Zwecke der Kongernunternehmungen verwenden zu können. In dieser Absicht wurden auch Versicherungsgesellschaften vom Stinnes- und vor allem vom Michael-Kongern angegliedert, um über die großen Beträge der Versicherungsprämien verfügen zu können. Indessen wird sich das Publikum, sobald einmal das Vertrauen in die Finanzverhältnisse der Kongerne erschüttert ist, von Kongernbanken und Versicherungsanstalten fernhalten, wodurch auch diese leicht in Krisen geraten können. Die Ankündigung, daß der Stinnes-Kongern beim Warmer Bankverein nicht die Mehrheit besitze, diene dem Zweck, das Publikum darüber zu beruhigen, daß der Kongern nicht über die Mittel der Bank verfügen kann. Bei der Tatsache, daß die Großaktionäre auch ohne Aktienmehrheit ein Institut beherrschen können, ist der Wert einer solchen Beruhigung zweifelhaft. Von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Abhängigkeit der einzelnen Banken und Versicherungsanstalten von den Kongernen soll hier nicht gesprochen werden. Einige Worte nur über die Rolle des Staates bei der Kongernbildung, insofern diese auch heute besonders aktuell ist.

Bestimmlich fördert die Umsatzsteuer die Schaffung von großen vertikalen Kongernen, indem diese bei einem jeden Westwechsel vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt entrichtet werden muß, während sie bei vertikalen Kongentrationen, vorausgesetzt, daß der Zusammenschluß ein enger ist, erspart werden kann. Da die Finanzreform keinen Abbau der Umsatzsteuer vorsah, sondern diese auf einer beträchtlichen Höhe aufrechterhielt, so wird der Antrieb zur Vergrößerung der Kongerne durch Angliederungen bestehen bleiben. In derselben Richtung würde die geplante Erhöhung der Eisenzölle wirken. Das Organ der Eisen schaffenden Industrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, setzt sich für die Erhöhung der Eisenzölle mit dem Argument ein, daß der größte Teil der eisenverarbeitenden Industrie in vertikalen Kongernen bereits zusammengeschlossen ist und deshalb die erhöhten Schutzzölle nicht zu spüren haben wird, weil sie ja doch Roh- und Gußeisen aus den eigenen Kongernunternehmungen erhält. Indessen hat ein großer Teil der Eisen verarbeitenden Industrie seine Unabhängigkeit bisher noch nicht verloren. Wird aber der Staat die Eisenzölle erhöhen, so wird er die bisher noch unabhängigen Teile der Eisenindustrie zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit und zum Anschluß an einen bestehenden vertikalen Großkongern drängen. So muß die künstliche Aufblähung der Kongerne weiter andauern, mit allen Folgen, die sich aus einem unzureichenden organisatorischen und finanziellen Unterbau derselben ergeben.

A. H.

## Mindestlöhne in England.

Von B. Weingarh.

In den Kreisen der der Gewerkschaftsbewegung sehr naheliegenden Independent Labour Party wird augenblicklich sehr reger die Frage besprochen, ob ein auf nationaler Basis beruhender Mindestlohn möglich sei, und da eine solche Frage für den Gewerkschafter allgemeines Interesse hat, wollen wir uns den Ideengang der Engländer etwas näher ansehen. Eine zufriedenstellende Lösung des Lohnproblems gehört zu den ureigensten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Die Frage nach dem Existenzminimum hat in England stets eine bedeutende Rolle gespielt. Allerdings ist die Forderung nach einem durch Gesetz zu garantierenden Mindestlohn noch sehr neu. Die Gewerkschafter der alten Schule, die der Bewegung von 1850 bis 1900 den Stempel aufdrückten, waren strikte Gegner jedweder staatlichen Einmischung in die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie waren befangen von den radikalen individualistischen Ideen des klassischen Liberalismus, der das laissez faire (alles gehen lassen) in sozialen Dingen proklamierte und wollten durch den wirtschaftlichen Kampf alles erreichen. Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts war diese Richtung überholt, und die Gewerkschaften erkannten auch den bewußt geführten parlamentarischen Kampf an. Mit dem Anfang der neuen Ära stellte man an den Staat ganz neue Forderungen, und eine derselben war die Einführung eines nationalen Mindestlohngesetzes, wodurch jedem vollwertigen Arbeiter ein Mindestlohn von 30 *M* in der Woche garantiert werden sollte.

Im Riesenstreik im Kohlenbergbau 1911 verlangte man die Einführung eines Minimallohngesetzes. Nach sechs-wöchigem Kampfe war zwar die Forderung nicht durchgeführt, jedoch ein Minimallohngesetz geschaffen, wonach die Löhne bezirkweise durch sogenannte Schlichtungsausschüsse geregelt wurden. Allerdings war der gesetzliche Minimallohn schon früher eingeführt, und zwar in 1908 durch die Lohnämter für bestimmte Zweige der Heimindustrie. Die Lohnämter wirkten in jenen Industriezweigen geradezu revolutionierend auf die Lohngestaltung ein. Dem fast jahrhundertalten Schlichtungssystem mit seinen geradezu unmenschlichen Begleiterscheinungen von Hunger und Elend wurde erfolgreich zu Leibe gegangen und halbwegs erträgliche Zustände eingeführt.

Es ist wohl nicht ohne Interesse, darauf hinzuweisen, daß der Gedanke des Minimallohnes im 16. Jahrhundert erstmalig eingeführt wurde, und zwar in 1588 zur Regierungszeit der Königin Elisabeth. Die Beweggründe des mittelalterlichen Gesetzes waren zwar ganz andere als heute, und doch gab auch dieses Gesetz eine gewisse Stabilität in der Lohngestaltung. Eingeführt wurde das Gesetz zum Schutze der Rünfte, um die Schmutzkonzurrenz der Meister untereinander auszuschalten, aus welchem Grunde nicht nur der Lohn, sondern auch der Preis der Waren gesetzlich geregelt wurde. Die Festsetzung des Lohnes für einen Beruf oblag den Friedensrichtern. Es gab wohl damals noch keine Indezahlen, die Festsetzung des Lohnes erfolgte rein gefühlsmäßig. Trotzdem dieses Gesetz auf Verbreiter der Unternehmer im Jahre 1813 beseitigt wurde, hatte es schon früher, vor allem im Norden von England, seine allgemeine Nützlichkeit verloren. Mit dem Entstehen des modernen Kapitalismus, der Fabriken baute, neue Städte aus dem Erdboden stampfte und den handwerksmäßigen Betrieb vernichtete, wurden die alten, aus der Zukunft stammenden Gesetze illusorisch. Aus dem selbständigen Handwerker wurde zunächst ein ungelernter Arbeiter, der nicht mehr wie früher ein selbständiges Stück Arbeit machte, sondern an der Maschine irgendeine Teilarbeit verrichtete und die Löhne der Zukunft keine Anwendung mehr fanden. Sie sanken rapid; die Arbeiterschaft aus der Frühzeit der kapitalistischen Produktionsform stellt eine arme unselbständige und willenlose Masse dar. Die Koalitionsgesetze jener Zeit verhinderten gerade die Fabrikarbeiter, Verbindungen jeglicher Art einzugehen. Alle Versuche, durch gewerkschaftliche Tätigkeit den Lohn auf eine erträgliche Höhe zu bringen, wurden durch Androhung schwerer Gefängnisstrafen unterbunden. Die Unternehmer vereinigten sich jedoch unter den Augen der Gerichte zu dem Zweck, die Löhne zu kürzen. Die Lohn-drückerei ging so weit, daß einige angelegene Fabrikanten sich vor der Deffektivität zu entschuldigen suchten. So schreibt Sidney Webb in seiner „Geschichte des Tradesunionismus“: „Eine vom 16. Juni 1819 datierte und von 14 Fabrikanten aus Lancashire unterzeichnete Erklärung bedauert, daß sie durch die Handlungsweise einiger Konkurrenten gezwungen wurden, die Löhne auf den gegenwärtigen Stand herabzusetzen.“ Aber die furchtbare Unterdrückung der Arbeiter nahm kein Ende. Nachdem dann die Koalitionsgesetze 1826 beseitigt worden waren, wurde unbegrenzter Raubbau an der Arbeiterschaft verübt. Erst 1846 nach Abschaffung der Kornzölle (Agrarzölle) trat eine Aenderung zum Besseren ein. Um diese Zeit setzt auch eine starke Bewegung für das gewerkschaftliche Leben ein. Man fängt an, sich methodisch mit der Regelung der Lohnfrage zu beschäftigen.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchte man, besonders im Bergbau und in der Eisenindustrie, die Löhne durch eine gleitende Lohnskala zu regeln, wobei das Steigen und Sinken der Warenpreise als Grundlage genommen wurde. Es hat sich aber gezeigt, daß dieses System der Lohnregelung einzig und allein auf Kosten der Konsumenten gemacht wird. So hat dann diese Einrichtung in fortgeschrittenen Kreisen der Arbeiterschaft nie großen Anklang gefunden. Im Jahre 1880 setzte eine großangelegte Agitation für den sogenannten „Fair-Wage-Contract“ (die anständige Lohnklausel) ein. Man verlangte ein „Mindestmaß von Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der Erfolg dieser Bewegung war zunächst, daß man die kommunalen und staatlichen Behörden zwang, nur Arbeiten an solche Unternehmer zu vergeben, die sich verpflichteten, die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ihren Arbeitern zu gewähren.

In den letzten Jahren ist die Frage des Minimallohnes, besonders durch die kraftvolle Agitation der Bergarbeiter, wieder in den Vordergrund geschoben und jetzt von bedeutenden Sozialisten im Wochenorgan der Independent Labour Party („The New Leader“) aufgegriffen worden. Das Vorbild zu dieser Forderung liefert Australien, wo man bekanntlich zuerst versucht hat, die Lohnfrage durch Lohnämter zu regeln. Die Forderung eines nationalen Minimallohngesetzes wurde in Australien 1920 erhoben mit dem Ergebnis, daß sich zunächst ein zu diesem Zweck eingesetzter parlamentarischer Ausschuss mit der Frage beschäftigte. Wir geben die Schlussfolgerungen dieses Ausschusses hier wieder. Nach sorgfältig aufgestellten Berechnungen kam man dazu, einen Minimallohn für eine fünfköpfige Familie von 117 *M* für die Woche in den höchsten Städtegruppen vorzuschlagen und 106 *M* für die niedrigste. Ein Finanzausschuss stellte jedoch fest, daß der gesamte Ertrag der Produktion des Landes nicht ausreichen würde zur Garantierung eines solchen Lohnes. Man ist dann dazu übergegangen und hat einen Grundlohn von 80 *M* vorgeschlagen, und darüber hinaus soll der Soziallohn oder die Familienzulage eingeführt werden. Verheiratete Arbeiter ohne Kinder sollen nach diesem System den Grundlohn von 80 *M* erhalten und die Familienzulage soll 10,50 *M* für jedes Kind betragen. Zur Schaffung des Soziallohnes soll ein staatliches Umlageverfahren eingeführt werden. Arbeitgeber sollen gezwungen werden, eine Steuer von 10,50 *M* zu zahlen, und aus diesem Fonds sollen die Zulagen gedeckt werden. Der „New Leader“ tritt nun für die Schaffung des Soziallohnes ein, der bis jetzt in England unbekannt ist. Der Grundlohn für ein zu schaffendes Minimallohngesetz müßte 48 *M* und die Zulagen für jedes Kind 7 *M* betragen. Der Wochenlohn für eine fünfköpfige Familie 69 *M*. Ein solcher Lohn wird aber heute von großen Teilen der Arbeiterschaft nicht verdient. (Nebenbei wollen wir auch hinzufügen, daß durch die Einführung des Soziallohnes die Lohnregelung aller Arbeiter vor Grund auf eine andere werden müßte.) Der „New Leader“ vertritt den Standpunkt, daß hohe Löhne ein Mittel zur Belebung von Industrie und Handel sind, und es kann nicht geleugnet werden, daß die Gewerkschaften sich hier im Einklang mit der Wissenschaft befinden. Schon vor 125 Jahren stellte der Vater der politischen Ökonomie, der Engländer Adam Smith, in seinem berühmten Buche „The Wealth of Nations“ (Der Reichtum der Nationen) den Grundsatz auf, „eine angemessene Entlohnung der Arbeiter müsse die Produktion des Landes ganz bedeutend steigern“. „Wo die Löhne hoch sind“, sagt Adam Smith, „finden wir die Arbeiter fleißiger, ausdauernder und flinker als dort, wo die Löhne niedrig sind.“ Jedoch erst in unsern Tagen, wo die

exakte Wissenschaft an Hand genauester Beobachtungen dazu übergegangen ist, den Einfluß der Löhne auf das materielle Wohlergehen der Arbeiter zu untersuchen, hat man nicht nur bei dem lohnempfangenden Arbeiter die Wohltaten eines guten Lohnes festgestellt, sondern vor allem auch bei den Familienangehörigen. Die amerikanischen Volkswirtschaftler haben sich auf diesem Gebiete am klarsten ausgesprochen. Walker und andere amerikanische Volkswirtschaftler, die die Arbeiterverhältnisse in den verschiedensten Ländern in Hinsicht auf den Lohn untersucht, sind immer wieder auf die Tatsache gestoßen, daß die am besten bezahlten Arbeiter viel leistungsfähiger sind als schlecht-bezahlte; daß hohe Löhne die Waren durchaus nicht verteuern und obendrein die Tendenz haben, die Produktion zu steigern. (Siehe „Economics of Industry“, by Marshall, New York.) Natürlich passen solche auf der Wissenschaft basierende Tatsachen dem deutschen Unternehmertum nicht. Es will wieder durch niedrige Löhne und Schutzzölle zu Einfluß und Macht kommen. Da heißt es für die Arbeiterschaft die Augen aufzuhalten. Wir müssen eine wohlorganisierte Massenbewegung inszenieren mit der Parole: Einen auskömmlichen Lohn für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen der Ganvorstände.

#### Agitationsbericht.

Im Anschluß an eine Zahlstellenkonferenz am 19. April in Nürnberg referierte ich im Auftrage des Zentralvorstandes in Regensburg, Nürnberg, Hof und Würzburg (Sau Nordbayern), und weiter in der Zeit vom 18. bis 26. Mai im Gau Thüringen, in Jena, Weimar, Gotha, Eisenach, Böckne, Rudolstadt, Saalfeld und Erfurt. Es handelte sich in allen Versammlungen darum, die Verbandsmitglieder zu größerer Mitarbeit in der Organisation und ganz besonders für die Kleinarbeit zur Gewinnung neuer oder untreu gewordener Mitglieder zu bewegen. Das Vortragsthema lautete: „Unser Zentralverband im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Zimmerer Deutschlands.“

Die Bautätigkeit ist in allen Zahlstellen, ausgenommen Hof, gut, teilweise sehr gut. Hierdurch wird natürlicherweise die Stimmung unter den Kameraden wesentlich beeinflusst. Die bayrischen Versammlungen waren, außer in Regensburg, sehr gut besucht. In Regensburg war der Versammlungstag ein Montag. 2 Kameraden hatten sich anscheinend am Tage sehr eingehend und gründlich mit dem guten „Bayrischen“ beschäftigt. Beide waren derartig „geistig“ angeregt, daß ihr Redebrauch nicht zu zügeln war. Sie nahmen sich ständig selbst das Wort, und es sprachen öfters 3 Redner zu gleicher Zeit. Es gelang den beiden mit vereinten Kräften, die Versammlung derartig zu fördern, daß der Vortrag völlig wirkungslos blieb. Kamerad Bromm konnte anschließend seinen Bericht über die bezirklichen Verhandlungen erst nach zweimaliger längerer Unterbrechung beenden. Erst als der eine sanft einschlämmt, der andere auf andere Art beruhigt war, konnte die Versammlung einigermaßen vernünftig beendet werden. Leider sollen derartige Störungen keine Seltenheit, sondern in Regensburg seit langem Regel geworden sein. Bedauerlich ist, daß sich die Mehrheit der Versammlungsbesucher, denen sicherlich solche Störungen unangenehm sind und an denen sie kein Interesse hat, nicht ermannt und solche Störungen gebührend abfertigt. Nutzen haben von solchen Vorkommnissen allein die Unternehmer. In Nürnberg erhoben die einzigen beiden Diskussionsredner die satfam bekannten, aber auch stets unerwiesenen Anschuldigungen gegen die Organisationsleitungen. In Hof und Würzburg wurde nicht debattiert. In allen 3 Versammlungen wurde der Vortrag beifällig aufgenommen.

In Thüringen ließ der Besuch der Versammlungen in Jena, Weimar, Rudolstadt und Erfurt zu wünschen übrig. In den andern war der Besuch gut, zum Teil sehr gut. In Jena beteiligten sich außer dem Vorsitzenden 2 Kameraden an der Debatte. Einer erklärte, nicht allen Ausführungen in bezug auf Ursache und Wirkung der Inflation wie der Bedeutung der Dawes-Gesetze für die Arbeiterschaft zustimmen zu können. Er wolle indes in Rücksicht darauf, daß es sich um eine Agitationsversammlung handelt, seine abweichende Ansicht nicht vortragen. Der Kamerad unterstrich in seinen weiteren Ausführungen den Vortrag ganz besonders in der Frage der Beteiligung aller Mitglieder an der Organisationsarbeit. In Weimar wurde unter anderem kritisiert, daß die Werkzeugfrage bei den bezirklichen Verhandlungen nicht energisch genug aufgegriffen würde. In Gotha waren von 130 Mitgliedern nur 45 erschienen. Das ist indes für Gotha ein außerordentlich guter Besuch und ein Zeichen von einer Gesundung der Organisationsverhältnisse. Der Vorsitzende ergänzte den Vortrag unter besonderer Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Hervorzuheben ist, daß in G. alle Zimmerpoliere — bis auf zwei — Mitglieder unseres Verbandes sind. In Eisenach war der Besuch und die Stimmung geradezu glänzend, bezugnehmend in Saalfeld. In Böckne wurde der Mißstimmung gegen die „hohen“ Verbandsbeiträge Ausdruck gegeben. Den Kameraden wurde auseinandergesetzt, daß die Gewerkschaften erst wirkliche Machtfaktoren geworden, als durch Beitragsregulierung die Ansammlung starker Kampffonds möglich geworden war. In Rudolstadt war die Versammlung am Sonntagnachmittag angefehlt. Es fand gleichzeitig ein großer Stahlhelm-Fahnenweihe-Nummel statt. Ganz Rudolstadt stand auf dem Kopf. Versammlungsbefuch war minimal. In beiden Zahlstellen erschienen ganz unbedeutende Differenzen unter den Kameraden eine erspriechlichere Verbandsstätigkeit. In Erfurt fand zum erstenmal die Zahlstellenversammlung im neuen Gewerkschaftshaus statt. Die Zahlstellenleitung hatte sich gerade hieron einen besonders starken Besuch versprochen und war daher sehr enttäuscht. Fast alle Debatterer erhoben gegen die leitenden Persönlichkeiten in der Arbeiterschaft die bekannten Beschuldigungen. Selbst ein Vorstandsmitglied glaubte hierbei mithelfen zu müssen, indem es unter anderem behauptete, die Führer hätten nach dem



militärischen Zusammenbruch die Interessen der Arbeiter verraten, indem sie in der Sozialfragefrage statt des längeren den längeren Weg gewählt hätten. Schließlich mußte die Versammlung ganz überstürzt beendet werden, weil der Saal anderweitig vergeben war. Durch dieses unliebsame Verhältnis dürfte der Erfolg der Versammlung wesentlich beeinträchtigt worden sein. Trotz der geschilberten weniger angenehmen Erscheinungen muß festgestellt werden, daß die Organisation im allgemeinen in allen besuchten Zahlstellen intakt ist. In einzelnen sind die hohendändigen Zimmerer restlos, Poliere und Lehrlinge fast alle organisiert. Erfreulicherweise wird der Lehrlingsfrage große Beachtung entgegengebracht. Es waren daher in fast allen Versammlungen Lehrlinge anwesend. Als allgemeiner Mangel ist zu bezeichnen, daß die Zahlstellenvorstände zu wenig Unterstützung und Mitarbeiter unter den Mitgliedern finden. Auf diesen Mangel ist in allen Fällen ganz besonders hingewiesen. Die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Mitglieder wurde auch eingesehen. Es ist zu hoffen, daß das Organisationsleben bald einen bedeutenden Aufschwung erhält und dadurch die Kraft des Verbandes wesentlich gestärkt wird.

Schumann

### Andere Lohnbewegungen.

**Ausgesperrt** sind die Zimmerer in **Boizenburg, Bräuel, Bützow, Felsberg, Friedland i. M., Gadebusch, Gwien, Goldberg, Hagenow, Kröpelin, Lüthchen, Lübz, Malchin, Malchow, Neubrandenburg, Neubukow, Neustadt i. M., Parchim, Penzlin, Plau, Röbel, Stavenhagen, Teterow, Waren und Warnemünde.**

**Gestreift** wird in **Freiburg i. B., Grevesmühlen, Güstrow, Karlsruhe, Konstanz, Lörach, Maunheim, Neustrelitz, Offenburg, Pforzheim, Rostock, Schwerin, Sigen, Weisenfels, Wismar, Zarrentin und Zeitz.**

**Gesperrt** ist in **Golditz** die Steingutfabrik, in **Düsseldorf** Baustelle Hölzel, Deutsche Hallenbau A.-G., in **Essen** die Firma Brandt, in **Ferloh** die Firma Eitner, Kaminführerbau-Gesellschaft, in **Mainz** Baustelle Opelwerk der Firma Brandt in **Rüsselsheim** und in **Winsen an der Aller** die Deutsche Erdöl-Mitengesellschaft.

### Zuzug ist fernzuhalten von Rheinland-Westfalen.

**Lohnverhandlungen für die Grenzmark.** Am 10. Juni fanden in **Schneidemühl** Lohn- und Tarifverhandlungen statt. Der Lohn soll für die Zeit vom 12. Juni bis 1. Oktober 87, 78 und 75 % die Stunde, je nach Lohnklasse, betragen. Ueber den Abschluß eines Tarifs kam es zu keinem Ergebnis. Die Gewährung von Ferien und die Entschädigung für Lehrlinge lehnten die Unternehmer ab. Die Lohnangebote sind von unsern Kameraden abgelehnt worden; über den Tarif wird weiterverhandelt.

**Lohnverhandlungen für Groß-Berlin.** Mit dem 30. Juni hört das derzeitige Lohnabkommen auf. Bereits am 10. Juni fanden die ersten Verhandlungen statt; sie ergaben aber kein Resultat, weil eine Grundlage dafür nicht gefunden wurde. Die Unternehmer forderten die nach Ablauf des Tarifvertrages gefällten Schiedssprüche, die Arbeiterorganisationen hingegen einen von ihnen ausgearbeiteten Tarifvertrag als Grundlage für die Verhandlungen. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

**Gescheiterte Verhandlungen in der Provinz Brandenburg.** Die bezirkliche Vereinbarung für die Provinz Brandenburg endet am 7. Juli. Die Unternehmer — sie gehören mehreren Organisationen an — sind einig darüber, den Lohn so tief wie möglich zu halten, sie lehnen es auch ab, die Arbeitszeit zu regeln, Ferien zu bewilligen und die Löhne der Lehrlinge festzusetzen. Infolge dieser Stellungnahme wird es zu einer neuen bezirklichen Vereinbarung nicht mehr kommen. Die Zahlstellen werden am 28. Juni dazu Stellung nehmen.

**Gescheiterte Verhandlungen im Freistaat Sachsen.** Mit dem 30. Juni enden die für den Freistaat Sachsen getroffenen Vereinbarungen. Diese Vereinbarungen betrafen nicht mit den Ferien. Von den Arbeiterorganisationen waren Verhandlungen darüber beantragt, sie fanden auch am 16. Juni in Dresden statt. Diese Verhandlungen bildeten den Auftakt auch zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen. Zur Ferienfrage erklärten die Unternehmer, daß sie auf Grund eines Beschlusses ihrer Organisation die Gewährung von Ferien ablehnen. Ueber die Lohnfrage wollten sie verhandeln; da aber der Zweck des Zusammenkommens nur die Regelung der Ferien war, mußten die Verhandlungen ausgeföhrt werden.

**Gescheiterte Verhandlungen in Schlesien.** Am 18. Juni erreichte das letzte Lohnabkommen sein Ende. Am 12. Juni fanden in **Breslau** Verhandlungen statt. Die Unternehmer erklärten, daß sie den Arbeitern ein Lohnangebot nicht machen könnten, sondern daß es wie bisher bleiben müsse. Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Am 16. Juni fanden in **Sagan** für Niederschlesien Verhandlungen statt. Die Unternehmer stützten sich dabei auf die Verhandlungen in **Breslau** und erklärten, daß, wenn für den andern Teil von **Schlesien** ein von beiden Parteien angenommener Schiedsspruch zustandekomme, er auch für sie gelten soll.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Hannover.** Da augenblicklich in Hannover eine gute Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, ist naturgemäß auch die Zureise nach hier sehr stark. Zureisende konnten sofort in Arbeit treten. Leider ist festzustellen, daß viele Zureisende ohne Verbandsbuch antommen. Einer erklärte, Buch und Papiere verloren zu haben, was wohl in den seltensten Fällen stimmt. Andere erzählten, daß in der Gegend, der sie entstammen, überhaupt kein Verband mehr existiere. Wir

haben feststellen können, daß die meisten ohne Buch Zureisenden aus Mitteldeutschland kommen, dorthin, wo nach dem Umsturz die Arbeitererschaft sich am radikalsten gebärdete und wo jetzt die Organisationsverhältnisse anscheinend am allererschlechtesten sind. Hannover muß täglich neue Bücher ausstellen, die durch die Gleichgültigkeit der Kameraden verfallen sind. So darf es nicht weiter gehen. Mehr als je muß auf die Verbandszugehörigkeit gesehen werden. Jede Verärgerung aus politischen oder andern Ursachen muß verschwinden, und der alte Geist der Zusammengehörigkeit unter den Zimmerern Deutschlands muß wieder Platz greifen. Nur dann ist unser Zentralverband auch wieder in der Lage, die Interessen seiner Mitglieder wie vor dem Kriege zu wahren und zu vertreten. Die Zeit ist ernst genug; steht doch das Unternehmertum im Baugewerbe geschlossen gegen uns, um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Deshalb muß die Parole lauten: Ginein in den Zentralverband der Zimmerer, die einzige Interessenvertretung der Zimmerer in Deutschland. H. R.

**Magdeburg.** Am 24. Mai tagte unsere Zahlstellenversammlung bei Oskar Kleine, Faglosberg 9. Vertreten waren die Bezirke Burg, Colbitz, Magdeburg und Schönebeck. Gommern war nicht vertreten. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Rogge den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal. Trotzdem die Selbständigkeit der früheren Zahlstellen durch die Verschmelzung mit Magdeburg aufgehoben ist, sind im 1. Quartal sämtliche Verbandsarbeiten so, wie vor der Verschmelzung erledigt worden. Die Bezirksleitungen waren befreit, den Mitgliederbestand zu erhöhen und die Kameraden, die in ländlichen Orten wohnen und unserm Verband während der Inflationszeit untreu geworden sind, wieder für uns zu gewinnen. Alle Bezirke waren bestrebt, für unsern Verband positive Arbeit zu leisten. In der Aussprache über die Tätigkeit des Vorstandes wurde von sämtlichen Rednern anerkannt, daß der Vorstand seine Schuldigkeit so weit, wie es in seinen Kräften stand, getan hat. Einer Anregung der Delegierten aus Burg und Schönebeck, die in ihrer Nachbarschaft gelegenen Ortschaften zwecks Agitation und Organisation der dortigen Zimmerer aufzusuchen, wurde allseitig zugestimmt. Auf Antrag des Kameraden Friede als Revisor wurde dem Vorstand für Geschäfts- und Kassenführung Entlastung erteilt. Ein Antrag des Kameraden Schmidt, Schönebeck, daß Bezirksdelegierte, die zweimal in der Zahlstellenversammlung unentschuldig fehlen, ihres Mandates verlustig sind, wurde einstimmig angenommen. Ein Angriff des Bezirksarbeitgeberverbandes auf unser Lohnabkommen vom 14. März 1925, den Junggefallen im Alter von 18 bis 20 Jahren 90 % weniger und von 20 bis 22 Jahren 15 % weniger Lohn zu zahlen als vollwertigen Gesellen, wurde durch fernmündliche Verhandlung mit dem Syndikus der Unternehmer Magdeburgs zurückgezogen. Auch um den tarifmäßigen Lohn der Hilfspoliere (Postengesellen) drücken sich die Unternehmer gern. Hier liegt aber viel Schuld an unsern Kameraden, die bei uns wie im Polierbund organisiert sind. Von den 3 baugewerblichen Organisationen sind Schritte unternommen, Abhilfe zu schaffen, wenn aber die sogenannten Hilfspoliere nicht selbst mit dazu beitragen und sich mit 5 3/4 pro Stunde abspießen lassen, so ist es ihre Schuld. Man muß nicht bloß froh sein, von den Unternehmern angelächelt zu werden, sondern man soll seine Rechte vertreten und nicht kapitulieren. Poliere und Hilfspoliere werden auch schonungslos von den Unternehmern auf die StraÙe gesetzt, wenn sie alt sind. Auf Kameraden, nur strenge Selbstsucht innerhalb unserer Organisation kann und muß hier Wandel schaffen.

**Walzenburg i. Schl.** Am 27. Mai fand hier eine vom Polierbund für alle Poliere, Berl- und Schachtmeister einberufene Versammlung statt. Bezirksleiter Kühn aus Leipzig referierte über: Die Aus- und Durchführung der Reichstarifverträge. Der Referent, der anscheinend keine Ahnung davon hatte, daß der Lokalangestellte der Zimmerer amnest war, konnte sich in seinen Ausführungen nicht enthalten, den Baugewerksbund sowie den Zimmererverband in recht schäbiger Weise anzugreifen. Er gab diesen beiden Organisationen mit schuld, daß für die Poliere nicht bessere Bedingungen bestehen. Wegen der Auslegung der Vertragsbestimmungen müßten unzählige Klagen vor den Gerichten gegen die Unternehmer angestrengt werden; er habe für seinen Bezirk täglich 3 bis 4 Termine wahrzunehmen. Unserer Ansicht nach ein Beweis, wie reformbedürftig der Vertrag ist, und daß es deshalb notwendig gewesen wäre, ihn rechtzeitig zu kündigen. Der Polierbund ist anderer Meinung. Er hat, wie der Referent mitteilte, den Vertrag nicht gekündigt, sondern nur gewünscht, daß die Unternehmer in einigen Punkten entgegenkommen zeigten. Das ist geschehen. Der Polierbund werde nun versuchen, im nächsten Jahre mehr herauszuholen. Als einen schlechten Witz muß man es ansprechen, wenn der Referent den Mitgliedern des Polierbundes empfahl, auch den „Zimmerer“ und den „Grundstein“ zu lesen; dann würden sie sich manchmal vorfinden, als seien sie in ein Irrenhaus versetzt. In bezug auf den „Zimmerer“ wurden diese Ausführungen zwar im Schlußwort zum Teil zurückgenommen, gegen den „Grundstein“ aber aufrechterhalten. An solchen Beispielen kann man erkennen, wie überhaupt das Referat beschaffen war. Lebhaft wurde vom Referenten auch Beschwerde darüber geführt, daß von verschiedenen Seiten der Polierbund als gelbe Sumpfpflanze bezeichnet wird; doch, so meinte er, man könne auf diese Bezeichnung eigentlich stolz sein. Daß der Verband der Ausgeschlossenen besonders lobend hervorgehoben wurde, sei nur nebenbei erwähnt; ebenso, daß der Referent erzählte, der Unternehmer Glatt in Reichenbach habe gemeint, er verhandle lieber mit dem Baugewerksbund als mit dem Polierbund, weil letzterer zu scharf vorgehe. (Wer lacht da?) Auf alle „Merkwürdigkeiten“, die der Referent der Versammlung aufzählte, einzugehen, würde zuviel des Raumes unserer Zeitung in Anspruch nehmen. Kamerad Scholz, Walzenburg, trat den Ausführungen des Referenten entgegen. Es stehe fest, daß, was die Zimmerpoliere anbelangt, über 60 % im Zentralverband der Zimmerer organisiert seien. Das zeige deutlich, daß die Zimmerpoliere in ihrer größten Mehrzahl wüßten, wohin sie gehörten. In welchem Lager die meisten „Pfennigpoliere“, wie sich ein Diskussionsredner ausdrückte, seien, dürfte am besten vom Polierbund festgestellt werden können.

### Baugewerbliches.

**Die Bautätigkeit im 4. Vierteljahr und im Jahre 1924.** Wenn sich auch die Bautätigkeit während des Jahres 1924 beträchtlich gehoben hat, so bleibt — wie „Wirtschaft und Statistik“ berichtet — der Zugang an fertiggestellten Gebäuden und vor allem die Vermehrung von Wohnraum immer noch stark hinter den Zahlen des Jahres 1923 zurück, trotzdem die Bautätigkeit auch schon in diesem Jahre infolge des Währungszerfalls erheblich nachgelassen hatte. Immerhin wurden im Jahre 1923 in den von der regelmäßigen Bautätigkeitserhebung erfaßten 86 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern über 41 000 Wohnungen neu zur Verfügung gestellt, während im Jahre 1924 trotz der im Laufe des Jahres eingetretenen Belebung der Bautätigkeit in diesen Gemeinden nur rund 27 000 neue Wohnungen bezogen werden konnten. Demnach ist der Zugang an fertiggestellten Wohnungen in allen Gemeinden von 1923 auf 1924 um 34 % zurückgegangen. In den Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern allein war der Rückgang noch stärker; hier wurden ungefähr 38 % weniger an Gebäuden und Wohnungen als im Vorjahre fertiggestellt.

Der Umfang der Bautätigkeit in den einzelnen Gemeinden war im Berichtsjahre nicht so verschiedenartig wie im Jahre 1923. Nur in einer Gemeinde, in Duisburg, war die Bautätigkeit besonders groß. Dort wurden auf je 1000 der Bevölkerung über 5 Wohnungen neu erstellt, während im Durchschnitt in allen Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern nicht ganz anderthalb Wohnungen errichtet wurden. Auch im Jahre 1923 hatte Duisburg eine besonders lebhaft Bautätigkeit; dagegen ragt in den übrigen Gemeinden, in denen 1923 über durchschnittlich große Zugänge an neu erstellten Wohnungen festgestellt wurden, im Berichtsjahre 1924 der Umfang der Bautätigkeit im allgemeinen nicht über den Durchschnitt hinaus. Besonders geringe Bautätigkeit hatten im Jahre 1924 Barmen, Kiel, Braunschweig und Berlin.

Wenn auch seit dem zweiten Vierteljahr 1924 der Zugang an fertiggestellten Gebäuden und Wohnungen stetig zugenommen hat, so wurden trotzdem im vierten Vierteljahr 1924 die Zugangszahlen des vierten Vierteljahres 1923 noch nicht erreicht. Die Zahl der neu erstellten Wohnungen blieb im letzten Vierteljahr 1924 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1923 um 17 % zurück; besonders groß war der Zugang in den Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Während hier rund 27 % Wohnungen weniger erstellt wurden als im vergangenen Jahre, blieb die Zahl der neu erstellten Wohnungen in den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern nur um 13 % gegenüber dem Vorjahre zurück.

Auch im Jahre 1925 hat sich die Bautätigkeit nach den bis jetzt vorliegenden Angaben, die jetzt monatlich ermittelt werden und in Zukunft regelmäßig veröffentlicht werden sollen, weiter gehoben. Die bisher vorliegenden Angaben für das Jahr 1925 lassen darauf schließen, daß in diesem Jahre erheblich mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt werden wird als im vergangenen Jahre. Die Erteilung von Baulaubnissen, die in Zukunft auch regelmäßig ermittelt wird, hat in den ersten Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres besonders stark zugenommen.

**Bauarbeiterbeschau in der Amtshauptmannschaft Chemnitz.** Dem Tätigkeitsbericht des Baukontrolleurs der Amtshauptmannschaft Chemnitz für die Zeit vom 10. Januar bis 31. Dezember 1924 in den Bezirken der Amtshauptmannschaft Chemnitz, Flöha, Rochlitz und der Stadt Limbach entnehmen wir folgendes: In der Berichtszeit wurden insgesamt 375 Baustellen besucht. Dazu waren 217 Dienststreifen nötig. 1110 Mängel wurden vorgefunden, davon 898 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften vom 1. Oktober 1913 sowie gegen die Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter. Eine Reihe von Mängeln fand sich bei Unterkunftsräumen und Baubüden vor. Unterkunftsräume fehlten in 12 Fällen bei über 5 Mann Besatzkraft. In 7 Fällen war sie ungenügend. Fußboden fehlte 16 mal, und in 9 Fällen lagerte Material darin. Einmal befand sich der Unterkunftsraum im Keller, in 5 Fällen war kein Ofen vorhanden und 7mal waren die Unterkunftsräume nicht 2,20 m hoch im Mittel.

Auch hinsichtlich der hygienischen Einrichtungen auf Bauten waren Unterlassungen zu verzeichnen. So wurde in 2 Fällen kein Abort vorgefunden. 16mal waren Aborte nicht ausreichend. In 7 Aborten fehlte Tür oder Mende, 6mal war kein Dach auf den Aborten. In 83 Fällen waren die Latinen nicht wasserdicht und in 73 Fällen wurden Erdgruben benutzt, die durchlässig waren. In unzureichendem Zustande wurden 3 Aborte vorgefunden, in 7 Fällen war keine verdeckte Brille und weder Sitz- noch Stohrbretter vorhanden. — Ein Verbandskasten fehlte auf 48 Baustellen, 17mal wurde nicht genügender Verbandstoff vorgefunden und einmal solcher in unsauberem Zustande. In 4 Fällen wurden Zigarrenschachteln als Verbandskasten benutzt. 20mal fehlte der Spucknapf im Unterkunftsraum, Waschgelegenheit fehlte 6mal. Die Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 51 Baustellen nicht aus, und ein Plakat, „Nchtung Zutritt!“, fehlte auf 7 Baustellen. Die Anweisungen bei Nerenen Verletzungen fehlten 12mal und das Verbot des Entleerens des Ziegeltreßs durch Umkippen 4mal.

Beim Gerüstbau war eine erhebliche Anzahl von Beanstandungen erforderlich. 38mal fehlte ein Gerüst bei Dacharbeiten, die Vorwand war in 60 Fällen nicht verschlagen. Auf 12 Baustellen standen die Rüstbäume über 4 Meter weit voneinander. 6mal wurden nur angeklammerte oder angebundene Netzpfähle vorgefunden. 7mal fehlten Verstrebungen am Gerüst und 4mal waren Gerüste nicht angehängt oder rückwärts abgeteilt. In einem Falle fanden sich angefaulte Geschoßriegel vor. 3mal wurden Fußgerüste zu Maurerarbeiten verwendet, der unterste Gerüstboden fehlte bei 22 Gerüsten und schlecht abgedeckt waren 10 Gerüste. In 23 Fällen waren die Gerüste für Dacharbeiten nur mit schwachen Brettern abgedeckt, 26mal fehlten Brustwehren und Schutzgeländer. Auf 2 Gerüsten wurden unge säumte Bretter zum Abdecken der Gerüstböden verwendet. Das Schutzdach beim Ueberhandmauern an Umfangsmauern fehlte auf 43 Bauten. 11mal waren die Gerüste nicht breit genug und



in 3 Fällen wurden von Malergerüsten umfangreiche Puharbeiten ausgeführt. Auch beim Innenausbau waren Mängel zu verzeichnen. In 13 Fällen waren die Balken schlecht abgedeckt und in 6 Fällen die Träger. Das Schutzeländer an Treppentritten fehlte 4mal, an Treppenaufgängen 11mal. Offenes Kofseuer im geschlossenen Raum wurde 2mal vorgefunden.

Ebenfalls im Tiefbau wurden manche Mängel angetroffen. Fälle, in denen bei über 150 Meter tiefer Ausschachtung nicht ausgebaut war, wurden 4 festgestellt, mangelhafter Ausbau 3mal. Das Schutzeländer an Laufbrücken fehlte 2mal und die Schutzvorrichtungen an Aufzugsmaschinen und Winden 3mal. Die Schutzvorrichtung an Riemenscheiben fehlte in 4 Fällen, in 2 Fällen fehlte der Spaltteil an Preisfängen. Auf 2 Baustellen fehlten Sicherheitsbaken am Aufzugsseil. 3mal wurde festgestellt, daß beim Ausschachten Erdmassen unterhüllt wurden. In zwei Fällen fehlten Behälter zum Auffangen von Baumaterial. — Insgesamt mußte wegen Nichtabstellens der vorgefundenen Mängel in 109 Fällen Anzeige bei der Behörde erstattet werden.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Zur Aussperrung in der Holzindustrie.** Ueber den Umfang der Aussperrung in der Holzindustrie liegen nunmehr genauere Angaben vor. Zur Zeit beträgt die Zahl der Aussperrten rund 32 000, sie bleibt also wesentlich hinter dem vom Arbeitgeberverband der Holzindustrie angekündigten Zahl von 100 000 zurück. Wie die „Holzarbeiterzeitung“ berichtet, hat sich das Dünkel über die Pläne des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie hinreichend gelichtet. Der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes hat sich veranlaßt gesehen, einen „Offenen Brief“ an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie zu richten. Darin wird das widerspruchsvolle Verhalten des Arbeitgeberverbandes bei den Lohnverhandlungen aufs schärfste gekennzeichnet. An der Hand der tatsächlichen Vorgänge wird nachgewiesen, wie von Seiten der Unternehmer systematisch auf die Verschärfung der Verhandlungen hingearbeitet wurde. Es heißt unter anderem in dem „Offenen Brief“: „Sie haben sich entschlossen, endlich und endgültig das Problem aller Probleme der Arbeitgeberinteressen zu lösen: die Verschärfung der Gewerkschaftsorganisation“, und weiter am Schlusse: „Niemals hat ein großer Wirtschaftskampf leichtfertiger vom Baum geschossen, niemals war das vertragliche und sittliche Recht mehr auf Seiten der Arbeiter, niemals hat eine Arbeitgeberführung verantwortungslos gehandelt als in diesem Fall.“



**Sechzig Jahre sozialistische Gewerkschaftstheorie.**

Von Franz Hill, Wien.

Am 26. Juni dieses Jahres sind es genau 60 Jahre, daß Karl Marx seinen später berühmt gewordenen Vortrag über „Lohn, Preis und Profit“ im Generalrat der 1. Londoner Internationale gehalten hat. Auch Vorträge haben mitunter ihre Jubiläen. Und man muß an dieses Jubiläum erinnern, nicht nur, weil der große Lehrer des Proletariats und der Meister des wissenschaftlichen Sozialismus in diesen seinen Ausführungen zum erstenmal in leichtfaßlicher Form mit einem Kardinalirrtum der bürgerlichen Nationalökonomie aufgeräumt hat, sondern vor allem auch deshalb, weil damit für das spätere gewerkschaftliche Werden und für den so mühsamen Tageskampf der Gewerkschaften das wissenschaftliche Rüstzeug geliefert worden ist, mit welchem die Festung einer althergebrachten Lehrmeinung erstürmt werden konnte. Die bürgerlichen Kritiker des Marxismus verneinen noch heute, den schwersten Vorwurf gegen die nationalökonomischen Lehren von Karl Marx vorzubringen, wenn sie behaupten, daß darin für das Wirken der Gewerkschaften kein Platz sei; denn während diese praktisch genötigt sind, Gegenwartsprobleme zu betreiben und mit dem Bestehenden Kompromisse zu schließen, lehne der Marxismus jedes Zugeständnis ab und warte auf den unausbleiblichen, geschichtlich notwendig gewordenen Zusammenbruch, um seine eigene neue Gesellschaft aufzurichten zu können. Nichts ist natürlich irriger als das und zeigt, wie wenig Marx von allen seinen Kritikern verstanden worden ist.

Schon als Marx mit seinem Freund Engels daran gegangen ist, für die Internationale ein Programm zu schaffen, finden wir in seinen Gedankengängen Hinweise auf den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter, wenigstens damals vor 30 Jahren von einer wirklichen Gewerkschaftsbewegung und von gewerkschaftlichen Kämpfen noch kaum die Rede sein konnte. „Mit der Entwicklung der Industrie“, so heißt es an einer Stelle des kommunistischen Manifestes, „vermehrte sich das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengebrängt, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr... Die Arbeiter beginnen Koalitionen zu bilden, sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohnes.“ Aber in derselben Zeit, da Marx von den Koalitionen spricht, die den Zweck haben, „den Arbeitslohn zu behaupten“, galt dieser Versuch noch ganz allgemein als ganz aussichtslos; denn die bürgerliche Ökonomie und später auch der Lassallianismus sahen in dem Zustandekommen des Arbeitslohnes eine eigene Gesetzmäßigkeit, deren Wirksamkeit nicht mit den Verbindungen der Arbeiter aufgehoben werden könne. Nach der bürgerlichen Weltanschauung waren Nationalprodukte, das heißt jede Ware, die durch Arbeit hervorgebracht wurde, und Lohnanteil konstante Größen, etwas Feststehendes, das nicht willkürlich verändert werden konnte. Als daher vor 60 Jahren auf dem Festlande eine allgemeine Bewegung um höhere Löhne eingesetzt hatte, war es John Weston, ein Sozialist aus der Schule Owens, des bekannten Vorläufers des wissenschaftlichen Sozialismus, der von erzwungenen Lohn erhöhungen durch Streiks nichts wissen wollte; denn sie griffen seiner Meinung nach das Uebel nicht an der Wurzel an und machten wieder illusorisch, eine Behauptung, die nicht nur auch von den orthodoxen Lassallianern aufgestellt wurde, son-

dern die selbst bis auf den heutigen Tag immer wiederkehrt.

Mit dieser Auffassung, die als Axiom der bürgerlichen Wissenschaft gegolten hat, hat sich nun Marx in seinem Vortrag am 26. Juni 1866 ausführlich auseinandergesetzt, indem er zunächst klar aufzeigte, daß das Produkt, welches der Arbeiter hervorbringt, keineswegs eine unveränderliche Größe ist, sondern von den jeweiligen Produktivkräften bestimmt wird, die wieder von den allgemeinen Fortschritten und der allgemeinen jeweiligen Kulturhöhe abhängig sind. „Wenn nun aber die nationale Produktion vor einer Steigerung der Löhne veränderlich und nicht fixiert war, so wird sie auch nach den Lohn erhöhungen fortfahren, veränderlich und nicht fixiert zu sein.“ Ist aber die erste Hypothese falsch, daß das Nationalprodukt eine konstante Größe sei, so ist es natürlich auch die zweite Hypothese, nach welcher die Lohnhöhe von einem ehernen Gesetz bestimmt wird. Diesen Beweis führt Marx gegen Bürger Weston mit der ihm eigenen dialektischen Schärfe und Gründlichkeit, indem er zunächst ein genaues Bild der kapitalistischen Produktion mit ihrem gesamten komplizierten Näderwerk entwickelte und dann genau analysierte, welche Gesetze auf die Lohnhöhe in der modernen Gesellschaft einwirken und ihre Bewegung beeinflussen. Mit der Behauptung, der Wert der Arbeit bestimme den Preis der Waren, sei gar nichts gesagt; denn ebenso gut könne die Behauptung umgekehrt werden, so daß wir uns in einem fehlerhaften Zirkel bewegen und zu keinem Schluß kommen. Und nach eingehenden Untersuchungen über die Zusammenhänge im gesellschaftlichen Produktionsprozeß kommt Marx zu seinem Ergebnis, das er in Kürze in die Formel zusammengefaßt hat: „Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch den Wert der notwendigen Lebensmittel, die gebraucht werden, um die Arbeitskraft zu produzieren, zu unterhalten, zu erhalten und zu verewigen“, wobei natürlich an die gesellschaftlich notwendige Arbeit und das bei einem gegebenen Produktionssystem Unvermeidbare gedacht ist. Im Lohn braucht daher der Unternehmer dem Arbeiter nur soviel Geld zu bezahlen, als zum Ankauf der zur Lebensfristung notwendigen Gütermenge erforderlich ist, nicht mehr und nicht weniger. Das Geldquantum des Durchschnittslohnes richtet sich dann also, sofern der Austausch von Arbeitsäquivalenten ist, nach dem Arbeitsquantum, das zur Erzeugung jener Gütermenge durchschnittlich vorausgabte werden mußte. Wenn aber der Unternehmer dem Arbeiter in Lohnform eine Anweisung auf eine Gütermenge von 5 Arbeitsstunden gibt, hindert ihn nichts, den Arbeiter länger, etwa das Doppelte der Stundenzahl, in seinem Betriebe wirken zu lassen. In dem zufälligen, d. h. zum Kaufpreise der verbrauchten Produktionsmittel zufälligen Preis des Produktes erzielt der Unternehmer dann natürlich einen Ueberschuß, Gewinn oder Profit, durch den sein angelegtes Geldvermögen ein sich verwerthendes Vermögen, Kapital, wird. Und dieser Ueberschuß bestimmt sich immer unter jener Voraussetzung, daß der Austausch, also auch der Umsatz von Ware gegen Geldware, Austausch gleicher Arbeitsgrößen ist, nach der im Kapitalprodukt enthaltenen Menge von Ueberschuß oder Mehrarbeit. Je mehr Mehrarbeit der Kapitalist aus dem einzelnen Arbeiter heraus schlägt und je mehr Arbeiter sein Kapital, ihm dauernd zu beschäftigen, erlaubt, um so größer wird im Durchschnitt auch sein jährlicher Gewinn sein. Mehrwert ist daher unbezahlte, gewonnene, kristallisierte Arbeitskraft, die sich in Kapital verwandelt hat.

In dieser Aufhellung des Produktionsprozesses, der alle sozialen Wandlungen von Arbeit, Ware und Profit erkennen läßt, hat Marx für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter die wertvolle reale Unterlage geschaffen, indem dieser nicht mehr als fruchtlos und aussichtslos, sondern als ein gegenständlicher Kampf um die Mehrwertzerstörung erscheint. In dem Augenblicke nämlich, als sich die gesellschaftlichen Unterlagen bei dem Produktionsprozeß verändern, d. h. als bei fortschreitender Technik die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die in einem Arbeitsprodukt enthalten ist, kürzer wurde, sinkt daher der Normallohn des Arbeiters, und daher bezeichnet Marx selbst den Kampf um den Normallohn als eine Notwendigkeit. „Wenn aber die Dinge in diesem System die Tendenz haben (nämlich den Normallohn auf seine Minimumgrenze zu drücken), heißt dies, daß die Arbeiterklasse ihren Widerstand gegen die Uebergriffe des Kapitals aufheben und von den Versuchen absehen soll, die gelegentlichen Möglichkeiten zeitweiliger Verbesserungen bestens auszunützen? Täte sie dies, so würde sie zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabgedrückt werden.“

Auch für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse ist es also Marxens unbestreitbares Verdienst, zuerst den Weg gewiesen zu haben, der gegangen werden mußte, um ein immer tieferes Hinabgleiten in die Verelendung zu verhindern. Es war eine der Grundlagen, die für die gewerkschaftliche Arbeit vor 60 Jahren geliefert worden ist, daß die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft durchleuchtet und erforscht worden sind, so daß jeder einzelne Arbeiter erkennen lernte, um was es bei diesem Kampfe geht. Und in einer sechzigjährigen Praxis ist der Erkenntnisfaß glänzend bestärkt worden, mit dem Karl Marx damals seinen Vortrag schloß: „Gewerkschaften sind wirksam als Zentren des Widerstandes gegen Uebergriffe des Kapitals. Sie erweisen sich in Einzelfällen als unwirksam, infolge unbedachten Gebrauchs ihrer Macht. Sie verfehlen im allgemeinen ihren Zweck dadurch, daß sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken, statt gleichzeitig auf seine Umwandlung hinzuwirken und ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, das heißt, die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen.“



**Versammlungsanzeiger.**

**Montag, den 29. Juni:**  
Anklam: Abends 7½ Uhr im „Schützenhaus“.

**Mittwoch, den 1. Juli:**  
Annaberg-Buchholz. — Cisleben: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — Essen, Bezirk Bottrop: Abends 6 Uhr im Volkshaus, Gladbecker Straße. — Weiskensfeld: Gleich nach Feierabend im „Pichelsteiner Krug“.

**Donnerstag, den 2. Juli:**  
Dortmund: Abends 8 Uhr Sektionsitzung der Zimmerpoliere im Lokal Frazze, Ecke Nord- und Heilige-Gartenstraße.

**Freitag, den 3. Juli:**  
Gleitwitz, Bezirk Hindenburg: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Herford: Nachmittags 5,15 Uhr im Lokal von W. Hillert, Brüderstraße. — Varel: Abends 8 Uhr. — Velbert: Gleich nach Feierabend bei Leimhaus, „Schützenhaus“, Ecke Friedrich- und Südstraße. — Wiersen: Abends 7 Uhr bei Witwe Michael, Große Bruchstraße. — Wiesdorf: Abends 7 Uhr bei Gastwirt Dittmar, Kurtefottenstraße. — Wittenberge: Abends 8 Uhr bei Bürger, „Zentralhalle“.

**Sonntag, den 4. Juli:**  
Braunschweig: Abends 7½ Uhr in „Stadt Helmstedt“, Schöppenstedter Straße 10. — Briesg. — Dessau: Gleich nach Feierabend im „Liwoli“. — Dortmund, Bezirk Lütgenortmund: Abends 7 Uhr im „Bürgerhaus“, Poststraße. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr bei Wülben, Ecke Vereins- und Kampfstraße. — Halberstadt: Abends 7½ Uhr bei Fern. Praaf, Kornstraße. — Lahn i. Schl.: Bei Schrammel. — Malchin: Abends 7½ Uhr bei W. Schmedemann. — Münster i. Westf.: Abends 8 Uhr im Restaurant von August Brinkmann, Krummer Timpen 36/37. — Neubrandenburg: Abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus. — Oranienburg: Bei Seeger, Mühlenstraße. — Schweinfurt: Gleich nach Arbeits schluß bei Fritz Vogt, Krumme Gasse. — Trier: Abends 6½ Uhr im Lokal Verens, „Zur Glocke“, Glockenstraße. — Wollin: Abends 8 Uhr im „Elystum“.

**Sonntag, den 5. Juli:**  
Bonn: Vormittags 10 Uhr im „Salzrumpchen“, Dunds gasse 5a. — Cöln: Nachmittags 3 Uhr bei Diks, Plantagenstr. 58. — Dilsch. — Krone: Nachmittags 2 Uhr bei Graber, Trier. — Dortmund, Bezirk Mengede: Vormittags 10 Uhr in der Wirtschaft von Wiemann, Annenstraße. — Gelsenkirchen, Bezirk Westerholt: Vormittags 10 Uhr bei Eymann, Kurfürststraße. — Gagen i. W.: Vormittags 10 Uhr bei Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstraße. — Jarmen: Nachmittags 4 Uhr in der Herberge. — Lamspringe: Bei Achemann. — Paderborn: Vormittags 11 Uhr bei Gastwirt Henke, Uedern. — Pinneberg: Nachmittags 3½ Uhr bei Tiede (Herberge). — Würzburg: Vormittags 10 Uhr im Gasthof „Stadt Mainz“.

**Anzeigen.**

**Zahlstelle Bunzlau und Umgegend.**  
Sonntag, den 5. Juli, im „Volkshaus“

**Sommerversnügen.** [2,10 M.]  
Anfang 3 Uhr nachmittags, von 7 Uhr an Tanz. Die Kameraden aller Bezirke sind eingeladen. Das Komitee.

**Zahlstelle Düsseldorf.** [2,10 M.]  
Hierdurch weisen wir erneut darauf hin, daß laut Beschluß unserer Zahlstelle Umhauen ohne Ausweis der Zahlstellenleitung verboten ist. Alle zureichenden Kameraden haben sich auf dem Verbandsbureau, Wallstr. 10, Zimmer 4, abends von 7 bis 8 Uhr, zu melden. Der Vorstand.

**Zahlstelle Verleberg.**  
Sonntag, den 27. Juni, feiert unsere Zahlstelle ihr **zwanzigjähriges Bestehen** im Lokal „Stadt Waggelburg“ (Westphal). Anfang 3 Uhr. Sämtliche Kameraden und Gönner der Zahlstelle sind herzlich eingeladen. [2,40 M.] Der Vorstand.

**Zahlstelle Stralsund.**  
Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, beim Vorstehenden Paul Raetz, Greifswalder Chaussee 35, oder beim Kassierer Louis Beitz, Frankenstraße 53, zu melden. [1,80 M.] Der Vorstand.

**6 tüchtige Zimmerleute** stellt ein [1,50 M.]  
**Baugeschäft Karl Pfeiffer, Arys.**

**Zimmergesellen** stellt ein [2,10 M.]  
**Baugeschäft M. Galitz Nachf. Max Gabbert, Casnitz a. R.**

Das Verkehrslokal der fremden Freiheitsbrüder in Hamburg befindet sich **Höpfentstraße Nr. 9, St. Pauli** „Zum gemütlichen Keller“. [1,50 M.]  
Der **Max Barrett** aus Angerburg, oder wer seinen Aufenthalt kennt, wird ersucht, seine Adresse an seinen Vater, den Zimmerer **Julius Barrett, Angerburg i. Ostpr.**, zu senden. [1,20 M.]